

# Die Notwendigkeit einer Änderung des Aufenthalts- und Einbürgerungsgesetzes für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Samah Al-Shaghdari

Mohammed Jolo, ein junger syrischer Kurde, kam vor wenigen Jahren nach Deutschland. Die Freude, die ihn damals überwältigte ist nachvollziehbar: „Das ist Deutschland“, wie er sagte. Das Gefühl der Sicherheit, welches sich in ihm ausbreitete, brachte gleichzeitig eine Art von Kummer hervor. Denn schließlich verließ er sein Land, nach einer langen und gefährlichen Reise, weil ihm genau dieses Gefühl fehlte.

## Diverse Schwierigkeiten trotz ernsthafter Versuche!

Obwohl Jolo dringend eine lange Pause nötig hatte, wurde sein Wunsch nach einem guten Leben und einem geeigneten Job von alleine nicht wahr. Trotz der vielen Schwierigkeiten und Hindernisse, fing er sofort an selbstständig Deutsch zu lernen, denn die Sprach- und Integrationskurse für Menschen mit Behinderung sind bundesweit relativ gering. Er erreichte das B2-Niveau.

Auch die beiden blinden Personen - Mheddin und Rezan - mussten ähnliche Erfahrungen machen. Sie lernten ebenso wie Jolo, die deutsche Sprache selbstständig, bis sie ein gutes Niveau zum Sprechen erreichten. Kurz darauf schockierte sie die harsche Realität, die Geflüchtete mit Behinderung an ihren Rechten auf Inklusion, Bildung und Arbeit hindert. Die Arbeitssuche in Deutschland ist für viele Menschen, insbesondere für Geflüchtete mit Behinderung, nicht einfach. Auch, wenn sie einen deutschen Pass und eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

## Die Lösung des Rätsels liegt immer im Detail!

Dem Gesetz zufolge ist ein sicherer Arbeitsplatz eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Erlangen einer Niederlassungserlaubnis oder Einbürgerung in Deutschland. Dies macht es jedoch für viele Geflüchtete und Migrant\*innen mit Behinderungen nahezu unmöglich, eine Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis zu beantragen. Es sei denn, sie haben einen festen Arbeitsplatz.

Mohammed Jolo ist ein aktives Mitglied der Selbstvertretungsgruppe „NOW! Nicht Ohne das Wir“ vom Projekt „Empowerment Now“, welches seit 2020 ein Teil des Handicap International e.V. ist. Die Gruppe besteht aus Geflüchteten mit Behinderung und deren Angehörigen, die sich für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einsetzen, wobei das Ziel ein gemeinsames und kein individuelles ist.

Im Rahmen eines Arbeitsgruppentreffens tauschte sich die NOW! Gruppe mit dem deutschen Rechtsanwalt Herrn Martin Henrich zum Thema Einbürgerung und Niederlassungserlaubnis aus. Es wurde über die Hindernisse im deutschen Recht für Geflüchtete mit Behinderung diskutiert, um die Barrieren zu identifizieren.

Hier merkte Herr Jolo die Schwierigkeiten, sobald er seinen Aufenthalt erneuern will, an. Trotz seiner wiederholten Versuche, bekomme er keinen Arbeitsplatz und da alle in der Gruppe mit dem dem gleichen Problem konfrontiert sind, lautet die direkte Frage:

### Was muss sich ändern?

Herr Heinrich antwortet auf die Frage von Jolo: „Das Problem liegt in den Aufenthalts- und Einbürgerungsgesetzen. Der erschwerte Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete mit Behinderungen und deren gesundheitliche sowie körperliche Verfassung, wird in den Gesetzen nicht berücksichtigt. Leider wird die Tatsache bei der Bearbeitung der Einbürgerungs- und Niederlassungserlaubnis völlig außer Acht gelassen.“

Herr Heinrich schlägt vor, dass das Jobcenter gemeinsam mit der Deutschen Rentenversicherung diese Entscheidung auf Grundlage der individuellen Bedürfnisse jedes Antragstellenden treffen sollte.

### Erforderliche Nachweise!

Im Laufe des Gesprächs sagt Herr Jolo, dass er sich gerne durch Fortbildungen weiterqualifizieren möchte und das Jobcenter zur Arbeitssuche nutzt. Dennoch konnte das Jobcenter bisher keine Stelle für ihn finden, die seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entspricht. Hier betont Herr Heinrich die Möglichkeit, Ausnahmen zu erwirken. Dafür müssen allerdings viele Dokumente vorgelegt werden, die belegen, dass ein Arbeitsantrag gestellt und im Nachhinein abgelehnt wurde. So kann man nachweisen, dass ein Arbeitsplatz nicht angetreten werden konnte.

Er fügt hinzu: „Dies ist ein möglicher Schritt, aber es ist nicht einfach, weil es belastbare Beweise dafür geben muss, dass es unzählige Male versucht wurde.“

Die Problematik bezüglich der Erlangung eines Aufenthaltstitels bzw. einer Einbürgerung beschränkt sich nicht nur auf Geflüchtete mit Behinderungen, sondern betrifft auch pflegende Angehörige. In der Diskussion wurde ebenfalls die Arbeit, als gesetzliche Voraussetzung für die Erlangungen der Einbürgerung, ohne die realen familiären Verhältnisse zu berücksichtigen, problematisiert.

Beispielsweise, muss ein Kind mit Behinderung häufig rund um die Uhr betreut werden. Somit sind die Eltern nicht in der Lage, das Kind alleine zu lassen, um einer Beschäftigung nachzugehen. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Einbürgerung und Niederlassungserlaubnis, da es ein Vollzeitjob ist Kinder mit Behinderung zu pflegen.

## Die Notwendigkeit, das Pflegegesetz zu ändern

Demzufolge ist es nahezu unmöglich, eine Einbürgerung zu erlangen, da die Pflegearbeit eines Angehörigen nicht als Arbeit gilt, obwohl die Pflegeperson einen monatlichen Zuschussbetrag vom Staat erhält. Hier sieht der Rechtsanwalt die Dringlichkeit, die Lebensumstände von pflegenden Angehörigen in die Gesetzeslage mit aufzugreifen und dementsprechend anzupassen.

In der Diskussionsrunde mit Herrn Heinrich wurden drei Lücken im Gesetz identifiziert. In diesem Zusammenhang stellt er rechtliche Verfahrensweisen in Bezug zum Arbeitsrecht vor. Die Teilnehmenden wiederum diskutierten Mechanismen, die zur Lösung des Problems beitragen könnten. Darunterfallen: Treffen mit Politiker\*innen sowie Beamte\*innen des Innenministeriums, der Einwanderungs- und Asylbehörde.

Im Laufe des Gesprächs schlug ein Mitarbeiter der Organisation Handicap International vor, ein gemeinsames Positionspapier zu erstellen. Dies könnte man bei Behörden und zuständigen Einrichtungen einreichen, um Fragen im Zusammenhang mit der Erlangung einer Einbürgerung und Niederlassungserlaubnis von Geflüchteten mit Behinderungen zu diskutieren. Die Vorschläge des Rechtsanwalts würden dabei auf jeden Fall mitberücksichtigt werden. Der Mit-

arbeiter von Handicap International ergänzt: „Wir haben jetzt volle Kenntnis von den Gesetzeslücken, die geändert werden müssen, um die Lebensbedingungen von Geflüchteten mit Behinderungen in Deutschland zu verbessern, und wir werden gemeinsam daran arbeiten.“